



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion

Juni — 2020

Ausgabe 2

Demokratie im Krisenmodus

Angesichts der Corona-Pandemie kommt der AfD-Fraktion als größter Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag eine besondere Rolle bei der Kontrolle der Regierung zu

Bildquelle: Adobe Stock / © Halfpoint



Auch als digitale Version zum Download:
www.afdbundestag.de/fraktionkompakt/

INHALT



DIE STUNDE DER OPPOSITION

In der Corona-Krise kommt der AfD-Fraktion eine wichtige Rolle zu



EINE CHANCE FÜR MODERNE KERNKRAFTWERKE

Stromkosten und Versorgungssicherheit – wir müssen neu nachdenken

3 EDITORIAL

8 DER LOHN DES VATERLANDES

Die AfD-Fraktion fordert ein Abzeichen für verwundete Soldaten

10 DEN FAKTEN EINE GASSE

Die Medienabteilung liefert ungefilterte Informationen über die Fraktionsarbeit

12 AUS PLASTIKMÜLL WIRD ÖL

Neue Wege in der Entwicklungshilfe

14 KLEINE ÄNDERUNG, GROSSE WIRKUNG

Ein etwas höheres Lkw-Gesamtgewicht schont Straßen und Umwelt

16 DIE DEMOKRATIE GEGEN „PARITÉ“ VERTEIDIGEN

Freie und gleiche Wahlen nicht durch eine Frauenquote aushöhlen

17 MEDIENEMPFANG 2020

Ohne Berührungsängste im Gespräch bleiben

20 MENSCHEN VON DER STRASSE HOLEN

Aussagekräftige Statistik für den Kampf gegen Obdachlosigkeit

22 DIE GUTEN GEISTER DER FRAKTION

Im Portrait: Der Fraktionsdienst ist kein Job wie jeder andere



Jetzt abonnieren

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion kann jetzt kostenfrei abonniert werden. Einfach im Bürgerbüro (030 / 227 57141) anrufen und schon wird Ihnen jede neue Ausgabe Fraktion Kompakt bequem per Post nach Hause geliefert.



Wir nehmen unsere Verantwortung ernst

Die Corona-Pandemie hatte das öffentliche Leben auch in Deutschland wochenlang fest im Griff. In atemberaubendem Tempo haben Bund und Länder immer neue Maßnahmen beschlossen, um zu verhindern, dass sich das Virus weiter ausbreitet. Die gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Folgen des sogenannten Lockdowns sind noch kaum absehbar.

Auch für die AfD-Fraktion als stärkste Oppositionskraft im Deutschen Bundestag war und ist die Corona-Krise eine besondere Herausforderung. Denn schnell wurde klar, dass viele Maßnahmen überzogen waren und womöglich mehr Schaden angerichtet als verhindert haben. Zur Pandemie-Bekämpfung wurden innerhalb kürzester Zeit nicht nur Wirtschaftshilfen in Milliardenhöhe beschlossen, sondern in bis dahin unvorstellbarem Umfang Freiheitsrechte eingeschränkt. Wir haben daher im Deutschen Bundestag früh ein Ende der Corona-Maßnahmen gefordert und auf die Eigenverantwortung der Bürger gesetzt.

Die Corona-Krise zeigt: Die AfD-Fraktion nimmt ihre Verantwortung als stärkste Oppositionskraft im Bundestag ernst. Wenn es das Wohl des Landes und seiner Bürger erfordert, sind wir im Ausnahmefall bereit, richtige und notwendige Maßnahmen der Regierung für einen begrenzten Zeitraum mitzutragen. Aber wir lassen uns nicht von einer Rhetorik des Burgfriedens einlullen, mit der allzu oft Kritik an der Regierung unterbunden werden soll. Und niemand kann uns das Recht nehmen, weiterhin kritische Fragen zu stellen. Wann immer unsere freiheitliche Demokratie in Gefahr gerät oder wenn unserem Land irreparabler Schaden droht, melden wir uns vernehmbar zu Wort. Darauf können sich die Bürger verlassen.

Handwritten signature of Alexander Gauland in black ink.

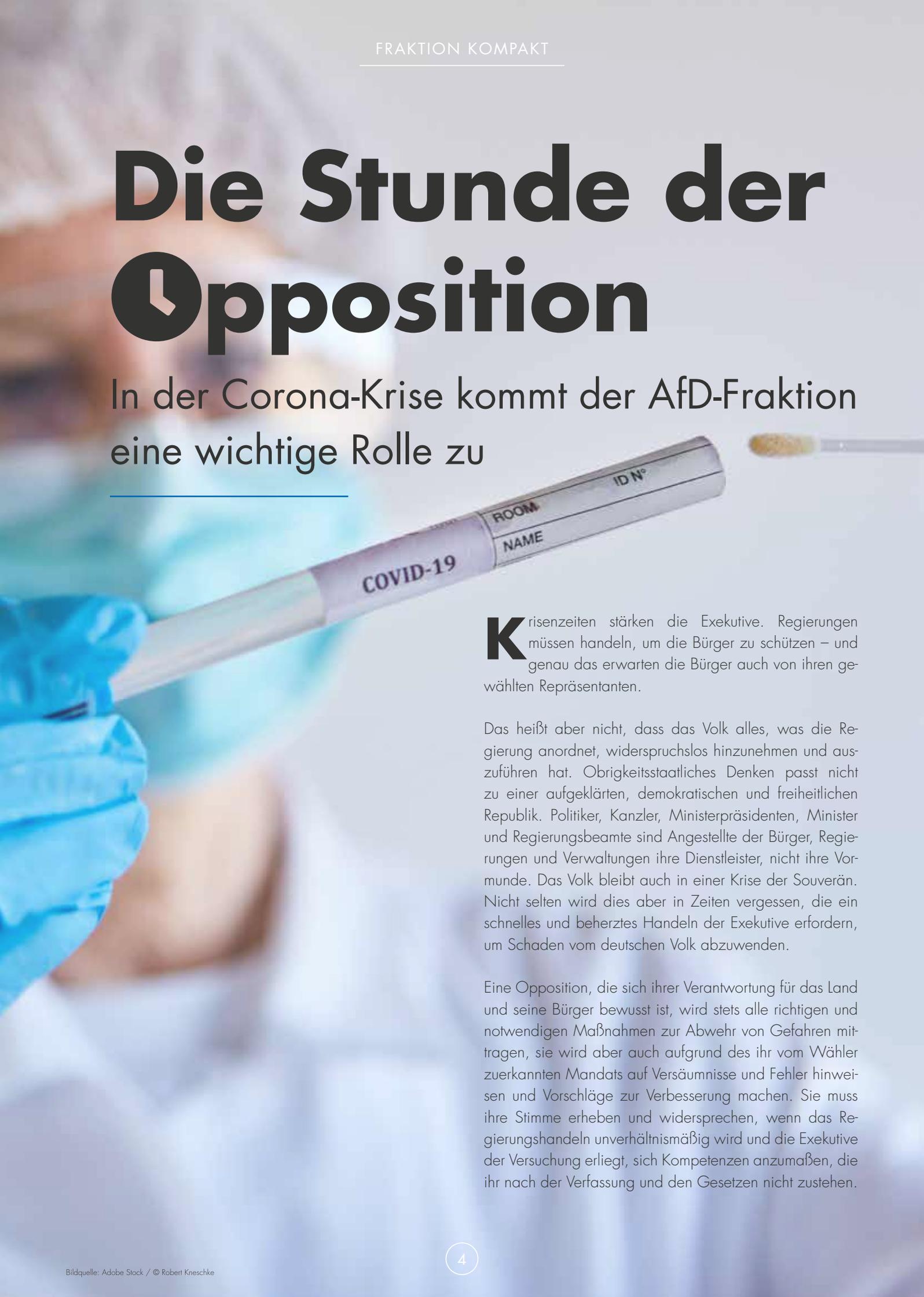
Dr. Alexander Gauland, MdB
Fraktionsvorsitzender

Handwritten signature of Alice Weidel in black ink.

Dr. Alice Weidel, MdB
Fraktionsvorsitzende

Die Stunde der Opposition

In der Corona-Krise kommt der AfD-Fraktion eine wichtige Rolle zu



Krisenzeiten stärken die Exekutive. Regierungen müssen handeln, um die Bürger zu schützen – und genau das erwarten die Bürger auch von ihren gewählten Repräsentanten.

Das heißt aber nicht, dass das Volk alles, was die Regierung anordnet, widerspruchslos hinzunehmen und auszuführen hat. Obrigkeitsstaatliches Denken passt nicht zu einer aufgeklärten, demokratischen und freiheitlichen Republik. Politiker, Kanzler, Ministerpräsidenten, Minister und Regierungsbeamte sind Angestellte der Bürger, Regierungen und Verwaltungen ihre Dienstleister, nicht ihre Vormunde. Das Volk bleibt auch in einer Krise der Souverän. Nicht selten wird dies aber in Zeiten vergessen, die ein schnelles und beherztes Handeln der Exekutive erfordern, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Eine Opposition, die sich ihrer Verantwortung für das Land und seine Bürger bewusst ist, wird stets alle richtigen und notwendigen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren mittragen, sie wird aber auch aufgrund des ihr vom Wähler zuerkannten Mandats auf Versäumnisse und Fehler hinweisen und Vorschläge zur Verbesserung machen. Sie muss ihre Stimme erheben und widersprechen, wenn das Regierungshandeln unverhältnismäßig wird und die Exekutive der Versuchung erliegt, sich Kompetenzen anzumaßen, die ihr nach der Verfassung und den Gesetzen nicht zustehen.

Als stärkste Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag nehmen wir auch während der Coronavirus-Pandemie diesen Auftrag des Wählers ernst und stellen uns unserer Verantwortung. Wir mahnen, weisen auf Alternativen hin und erarbeiten konkrete Vorschläge zur Lösung der Krise.

Bereits Ende Januar 2020 appellierte unsere Fraktionsvorsitzende Alice Weidel in einer Rede im Deutschen Bundestag eindringlich an die Bundesregierung, sich rechtzeitig – und zwar sofort – auf die ernste Herausforderung einer möglicherweise bevorstehenden SARS-CoV-2-Pandemie vorzubereiten. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) behauptete da noch, das neuartige Coronavirus sei nicht gefährlicher als die gewöhnliche alljährliche Grippe. Obwohl Dr. Weidel die Versäumnisse der Bundesregierung detailliert darstellte und konkrete präventive Maßnahmen vorschlug, reagierten Abgeordnete der anderen Fraktionen mit Unverständnis und verächtlichen Kommentaren. Zahlreiche etablierte Medien gingen über die faktenbasierte Kritik an der zögerlichen Haltung der Regierung stillschweigend hinweg oder werteten sie als bloße Sticheleien der Opposition.

Die Bundesregierung vertat wertvolle Zeit durch wochenlanges Schönreden und Beschwichtigen. Zwar wurde immer wieder das hervorragende deutsche Gesundheitssystem gelobt und behauptet, man sei „gut gerüstet“, aber tatsächlich ergriff die Bundesregierung wenige bis gar keine zusätzlichen Schutzmaßnahmen. Selbst dann, als der Mangel an notwendiger Schutzausrüstung bereits offenkundig war, verließ sich die Bundesregierung bei der Beschaffung der notwendigen Materialien viel zu lange auf die Eigeninitiative der Ärzte, Pfleger und Krankenhäuser. Nur ihnen haben wir es zu verdanken, dass die schlimmsten materiellen Engpässe in den Kliniken zu Beginn der Epidemie in Deutschland zügig behoben wurden.

Viele der bereits nach den ersten Infektionen vorgebrachten Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion – beispielsweise die systematische Erfassung von Kapazitäten zur Intensivbehandlung, separate Corona-Test-Infrastrukturen, ausreichende Bereitstellung von Schutzausrüstung, strikte Einreisekontrollen an den Grenzen – haben sich als richtig erwiesen und mussten von der Bundesregierung in einer späteren Phase der Epidemie mühsam umgesetzt werden. So hatte der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Götz Frömmering bereits am 4. März 2020 gefordert, die Schulen zu schließen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Umgehend wurde diese Forderung von Bildungspolitikern anderer Fraktionen und Parteien zurückgewiesen. Zehn Tage spä-

ter schlossen in Deutschland die Schulen nach und nach, Bundesland für Bundesland.

Es dauerte nochmals fast drei Wochen, bis Bund und Länder sich endlich auf Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Deutschland verständigten. Der sogenannte „Lockdown“ bedeutet sehr weitgehende Eingriffe in die bürgerlichen Grund-, Freiheits- und Eigentumsrechte. Die abrupte Stilllegung nahezu des gesamten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens verursacht schon jetzt gewaltige gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Schäden und Verwerfungen. Dauert der Stillstand zwei oder gar drei Monate an, können die Kosten, einschließlich der Haftungsrisiken, die Deutschland in Europa und im Euro-Raum trägt, auf eine Billion Euro ansteigen. Gleichzeitig verlieren hunderttausende Beschäftigte ihren Arbeitsplatz und eine Welle von Insolvenzen geht über das Land.

„Welche Alternativen gibt es zu dem jetzigen Kurs und wann denkt die Bundesregierung, diese aufzuzeigen?“

Alexander Gauland

Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion



Die Bundesregierung hat die Bedrohung durch das SARS-CoV-2-Virus zunächst sträflich unterschätzt und handelte dann nur nachlässig, als die Infektionsfälle in Deutschland zunahmen. Sie hat die späteren harten Einschnitte in Grundrechte und ins Wirtschaftsleben zu verantworten. Der Zeitpunkt, durch frühzeitiges Handeln der Gefahr mit weniger drastischen Maßnahmen zu begegnen, wurde verpasst. Andere Länder handelten rechtzeitig und konsequent.

Als Oppositionsführer im Deutschen Bundestag werden wir zu gegebener Zeit verlangen, dass die Verantwortung der Bundesregierung für die Bewältigung dieser gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Krise schonungslos und umfassend untersucht wird. Die Bundesregierung wird dann auch die Frage beantworten müssen, in welchem Umfang sie die in ihrem eigenen 2012 veröffentlichten Bericht dargestellten Szenarien einer angenommenen SARS-Pandemie ausgewertet und entsprechende Vorsorgemaßnahmen ergriffen hat.



Sitzung im Paulskirchensaal
Keine nachhaltige Beschränkung
bürgerlicher Freiheitsrechte

Die Notmaßnahmen, die wegen des politischen Versagens der Bundesregierung nicht zu vermeiden waren, und den Ende März beschlossenen Nachtragshaushalt hat die AfD-Bundestagsfraktion aus Verantwortung für unser Land mitgetragen. Als einzige Fraktion haben wir aber auf eine strikte Befristung und regelmäßige Überprüfung der Ausnahmeregelungen bestanden. Gerade in Krisenzeiten darf sich das Parlament nicht selbst entmachten.

Alle anderen Fraktionen sind dem Vorschlag der AfD-Fraktion, die Maßnahmen zu befristen und ihre Wirksamkeit in kurzen Abständen zu überprüfen, nicht gefolgt. Allein aufgrund dieser Weigerung der anderen Fraktionen hat sich die AfD-Fraktion bei der Abstimmung über das Verordnungs- und Gesetzespaket enthalten. Die Ablehnung der AfD-Forderung entbehrt nicht der Ironie. Weisen die anderen Fraktionen hierzulande eine enge Befristung der erheblichen Eingriffe in die Bürger- und Freiheitsrechte vehement zurück, werfen sie gleichzeitig der ungarischen Regierung vor, sie strebe nach diktatorischen Vollmachten, weil diese eine automatische Befristung der ihr übertragenen Sondervollmachten zu Bekämpfung der Corona-Epidemie in Ungarn ablehnt.

Während des gesamten bisherigen Verlaufs der Krise haben sich die AfD-Bundestagsfraktion, ihre Fachpolitiker

und Abgeordneten laufend mit Vorschlägen, Forderungen und Kritik zu allen Aspekten der Pandemie geäußert und zahlreiche parlamentarische Initiativen mit eigenen konstruktiven Lösungsansätzen in den Bundestag eingebracht.

Lange Liste mit Forderungen und Initiativen

Die Liste der Initiativen, Vorschläge und Forderungen der AfD-Fraktion ist lang und straft jene Medien Lügen, die behaupten, die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag habe zur Bewältigung dieser Krise keine Positionen erarbeitet und liefere keine konkreten Vorschläge. Informieren Sie sich bitte aus erster Hand auf unserer Internetseite über unsere Vorschläge und Sie werden feststellen, wie falsch diese Behauptung einiger etablierter Journalisten ist.

Die Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion kamen am 7. April 2020 zu einer Sondersitzung im Bundestag zusammen, selbstverständlich unter Einhaltung der gebotenen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit aller Beteiligten und in einem größeren Sitzungssaal als gewöhnlich, um über ein Zehn-Punkte-Positionspapier zu beraten, das zuvor von den thematisch betroffenen Arbeitskreisen der Fraktion nach intensiven Diskussionen erarbeitet worden war. Diese zehn Positionen erläutern die Möglichkei-

ten für ein baldiges Ende der Einschränkung der Bürgerrechte und des Wirtschaftslebens.

Auf der Grundlage dieses Positionspapiers werden wir weiter darüber wachen, dass die Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie nicht zu einer dauerhaften Beschädigung der wirtschaftlichen Existenz der Bürger und zur einer nachhaltigen Einschränkung ihrer Freiheitsrechte führt. Wir werden im Bundestag dagegen streiten, dass Abgeordnete anderer Fraktionen die Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie als Vehikel zur Umsetzung ihrer Enteignungs- und Staatswirtschaftspläne missbrauchen wollen, und wir stehen gegen die Versuche der EU und einiger Euro-Schuldenstaaten, mit Verweis auf die durch das Coronavirus ausgelöste Krise Staatsschulden zu vergemeinschaften und die Nationalstaaten weiter zu entmachten.

In Krisenzeiten schlägt die Stunde der Nationalstaaten, die allein handlungsfähig und demokratisch legitimiert sind, um schnell zu reagieren. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass man die Grenzen eines Staates zum Wohl der Bürger eben doch schließen kann. Daran sei die Bundesregierung beim Rückblick auf vergangene andere Kri-

sen, so unser Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland, erinnert. „Zusammenstehen ist jetzt erste Bürgerpflicht“, betonte er in seiner Rede in der Bundestagsdebatte am 25. März 2020. Und an die Bundesregierung gewandt: „Was also ist der Masterplan der Bundesregierung? Was wird sie den Menschen sagen, wenn es in drei Monaten noch immer keine Entwarnung gibt, Herr Minister? Welche Alternativen gibt es zu dem jetzigen Kurs, und wann gedenkt die Bundesregierung, diese aufzuzeigen?“

Auch nach der Pandemie werden wir die Bundesregierung weiterhin hartnäckig fragen und gleichzeitig im Bundestag Gegenentwürfe zum Regierungskurs vorstellen. Gerade im Ausnahmezustand ist eine tatkräftige Opposition notwendiger denn je: Sie muss das Handeln der Regierung unablässig kontrollieren und kritisch begleiten, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.



VERLAUF DER CORONA-PANDEMIE IN DEUTSCHLAND

4. März bis 18. Mai 2020



Grafik: AfD-Bundestagsfraktion Quelle: Robert Koch-Institut 2020. Tägliche Lageberichte.

Der Lohn des Vaterlandes

Die AfD-Fraktion fordert ein Abzeichen für verwundete Soldaten



Bundeswehr im Einsatz

Verwundete für ihr Opfer
angemessen würdigen

Bildquelle: Adobe Stock / © t.koehler

Welche Wertschätzung eine Gesellschaft ihren Soldaten entgegenbringt, zeigt sich besonders dann, wenn es ernst wird, wenn Soldaten im Einsatz für ihr Land verwundet werden oder fallen.

Die Bundesrepublik hat sich mit diesem Thema lange schwergetan. Es war ein mühsamer Prozess, bis überhaupt öffentlich von Gefallenen geredet werden konnte. Nur langsam hat sich eine neue Gedenk- und Erinnerungskultur für diejenigen Bundeswehrsoldaten herausgebildet, die nicht lebend aus den Auslandseinsätzen in Afghanistan oder Mali zurückgekehrt sind.

Doch wie sieht es mit der Anteilnahme für die deutschen Soldaten aus, die im Einsatz verwundet wurden? Viele unserer Soldaten sehen den Umstand, dass sie den Dienst für ihr Land mit ihrer Gesundheit bezahlt haben, noch immer nicht angemessen gewürdigt. Aus diesem Grund setzt sich die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dafür ein, ein Verwundetenabzeichen für die Soldaten der Bundeswehr zu stiften und legte dem Deutschen Bundestag Ende 2019 einen entsprechenden Antrag mit dem Titel „Opferbereitschaft deutscher Soldaten anerkennen – Einführung eines Verwundetenabzeichens in der Deutschen Bundeswehr“ zur Beschlussfassung vor (Bundestagsdrucksache 19/15736).

Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass die Opferbereitschaft unserer Soldaten, die vom Deutschen Bundestag zu zahlreichen Auslandseinsätzen in die Krisengebiete dieser Welt entsandt werden, endlich auch durch ein Abzeichen, symbolisch und in der Öffentlichkeit sichtbar, Anerkennung findet.

Auslandseinsätze sind risikoreich

Der Soldatenberuf unterscheidet sich fundamental von anderen Berufen in unserer Gesellschaft. Unsere Soldaten sind verpflichtet, ihre körperliche und seelische Unversehrtheit – und in letzter Konsequenz auch ihr Leben – zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen. Aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion sollte es daher für den Deutschen Bundestag eine Selbstverständlichkeit sein, verwundete Angehörige der Bundeswehr zusätzlich auch durch die Einführung eines Verwundetenabzeichens zu würdigen.

Die Bundeswehr steht seit annähernd drei Jahrzehnten in Auslandseinsätzen für das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes ein. In den Einsätzen ISAF und Resolute Support Mission (RSM) in Afghanistan fielen von 2002 bis 2018 56 deutsche Soldaten, 125 wurden durch Kampfhandlungen verwundet. Die Risiken in Auslandseinsätzen

forderten aber nicht nur körperlichen, sondern auch seelischen Tribut. 2018 litten 274 Soldaten unter einsatzbedingten psychischen Erkrankungen.

Nachdem sich alle anderen Bundestagsfraktionen in der Debatte über den Antrag der AfD-Fraktion gegen ein Verwundetenabzeichen ausgesprochen hatten, erfolgte seine Überweisung zur Beratung an den Verteidigungsausschuss. Hier wurde von den Abgeordneten der anderen Fraktionen versucht, das Thema durch sachfremde Einwände zu diskreditieren. So verwies Alexander Müller (FDP) etwa darauf, dass die letzten Träger eines Verwundetenabzeichens in Deutschland die Verletzten des Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli gewesen seien. Fritz Felgentreu (SPD) hielt der AfD-Fraktion entgegen, sie schwelge angeblich in ihrem Antrag und in anderen Schriften der Partei zur Bundeswehr in Begriffen, die an „die Rhetorik der Weltkriege“ anknüpfen. Dazu sagte Jens Kestner, AfD-Abgeordneter und Mitglied

im Verteidigungsausschuss: „Immer dann, wenn die Vertreter der Altparteien nicht weiterwissen, holen sie mit der Faschismuskeule aus, um vernünftige Vorschläge zu torpedieren.“

Schlussendlich wurde der Antrag der AfD-Fraktion vom Bundestag abgelehnt. An diesem Beispiel lässt sich erkennen, wie weit sich die anderen Fraktionen inzwischen von unseren Streitkräften entfernt haben, wie fremd sie ihnen geworden sind. Das liege auch daran, so Kestner, dass die wenigsten Abgeordneten der im Bundestag vertretenen Altparteien jemals in unseren Streitkräften gedient haben. „Sie haben keine wirkliche Vorstellung davon, wie die Truppe tickt, wie Soldaten denken und fühlen“, sagte Kestner. Die AfD-Fraktion wird sich von dieser Ignoranz der anderen Fraktionen im Bundestag aber nicht entmutigen lassen und sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Leistungen unserer Soldaten für ihr Land auch deutlich und öffentlich sichtbar anerkannt werden.

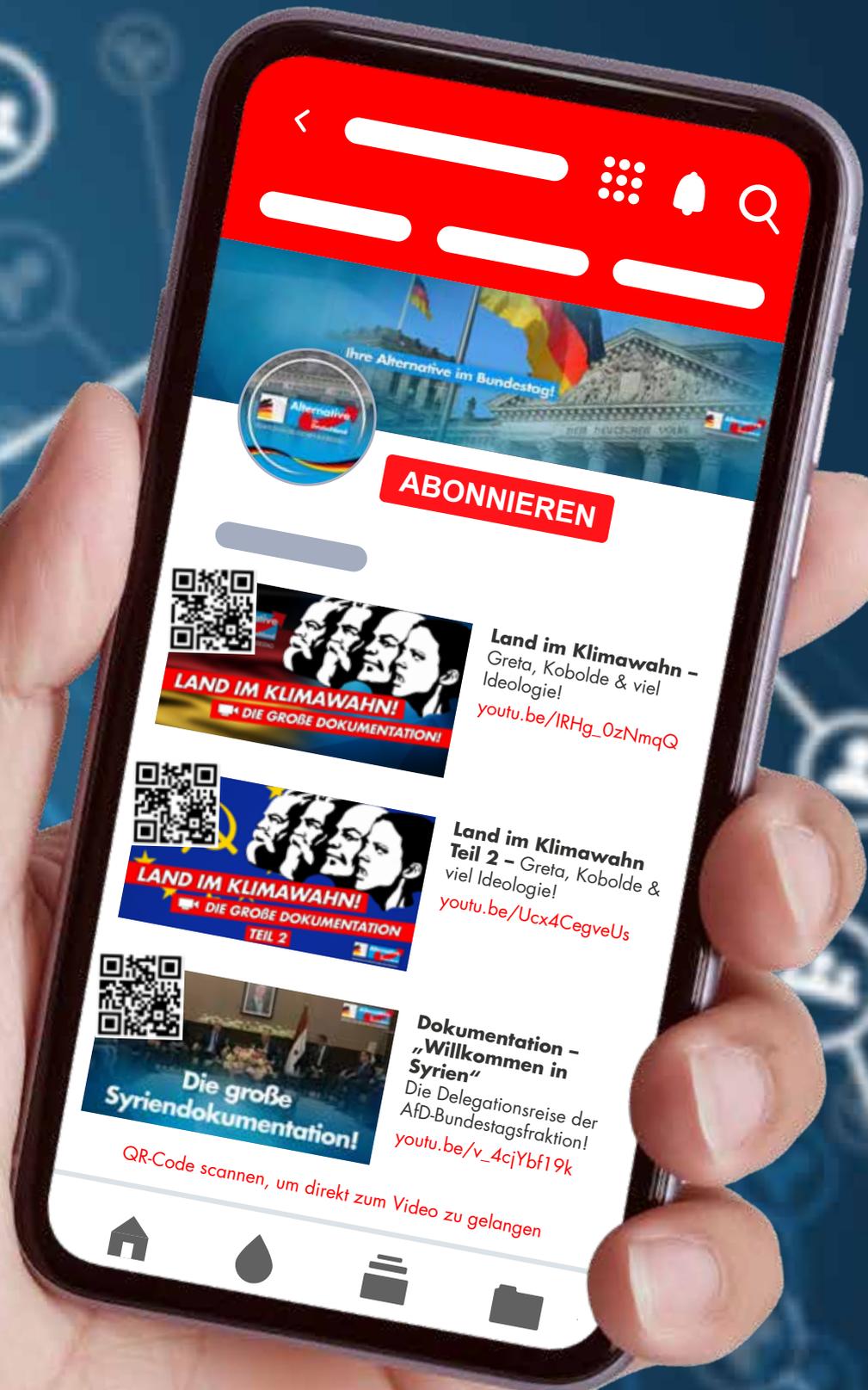
afdbundestag.de/arbeitskreise/verteidigung/

Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

„Opferbereitschaft deutscher Soldaten anerkennen – Einführung eines Verwundetenabzeichens in der Deutschen Bundeswehr“
Bundestagsdrucksache 19/15736; 10.12.2019
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/157/1915736.pdf>



Soldat in Afghanistan
Unsere Soldaten verstehen



Den Fakten eine Gasse

Die Medienabteilung liefert ungefilterte Informationen über die Arbeit der Fraktion

„A – F – D“ ertönt das neue Audio-Logo der Fraktion aus den Lautsprechern im Studio der AfD-Bundestagsfraktion. Davor stehen Mitarbeiter der Social-Media-Abteilung und der Pressestelle sowie der zuständige Parlamentarische Geschäftsführer Dr. Götz Frömming. Sie hören sich die kleine Melodie, den sogenannten „Jingle“, an. Mit dabei ist auch der Komponist, der die kurze Tonfolge geschaffen hat. Denn heute ist „Endabnahme“ des Produkts: „Mir ist wichtig, dass die Fraktion die Bürger auf attraktive Weise über unsere parlamentarische Arbeit informiert, damit die Menschen sich selbst ein Bild machen können“, sagt Götz Frömming. „Mit dem neuen Audio-Logo haben wir eine Wiedererkennungsmelodie geschaffen und treiben die Markenbildung der AfD-Fraktion voran. Die Medienarbeit ist gerade für uns enorm wichtig, weil wir in den etablierten Medien entweder gar nicht oder nur sehr einseitig vorkommen.“

Für die AfD-Fraktion ist es besonders schwer, mit ihren Sachthemen in die Medien vorzudringen. So werden zum Beispiel nach wie vor Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion seltener in Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender eingeladen als Vertreter anderer Fraktionen. Götz Frömming sagt dazu: „Das Ziel unserer Medienarbeit muss sein, dem Bürger unsere parlamentarische Arbeit über neue Kanäle wie die sozialen Medien näherzubringen, ohne jedoch den Kontakt zu den etablierten Medien zu verlieren.“

Mehr Personal für neue Angebote

„Es war mir ein Anliegen, das operative Geschäft zu stärken“, hebt Götz Frömming hervor, „so können wir mehr und vor allem maßgeschneiderte Inhalte für die verschiedenen Zielgruppen anbieten.“ Damit die Inhalte die passenden Empfänger erreichen, hat die Pressestelle Fachverteiler eingerichtet, um Journalisten zielgenau mit Informationen zu versorgen. Wichtige Themen sollen nicht in der Flut von Pressemitteilungen untergehen.

Besonders freut sich Götz Frömming über die personellen Verstärkungen in der Medienabteilung: So wird künftig ein weiterer Redakteur die Pressestelle unterstützen, der unter anderem auch an der vorliegenden Fraktionszeitung mitarbeitet. In der Grafikabteilung wird ein zusätzlicher Mitarbeiter die Fraktionspublikationen gestalterisch betreuen. Die Social-

Media-Abteilung unterstützt demnächst ein weiterer Video-redakteur. „Wir können nun mehr Interviews, Talkrunden und Info-Videos anbieten. Diese Formate sind gerade in den sozialen Netzwerken reichweitenstark und sprechen dort viele Nutzer an“, hebt Götz Frömming hervor.

So geschehen auch bei den beiden großen Dokumentationen, die seit Jahresbeginn veröffentlicht wurden. In „Greta – Land im Klimawahn“ hat die AfD-Fraktion die Klimapolitik und den Hype um die Schwedin Greta Thunberg aufs Korn genommen und kritisch hinterfragt. So wird die AfD-Fraktion ihrer Rolle als einzige wirkliche Opposition im Bundestag gerecht, indem sie sich nicht in den großen Strom einer einheitlichen und ideologisierten Umweltpolitik einreicht, sondern auf die Widersprüche und Risiken der geplanten Energiewende hinweist.

Bürgerbüro als Anlaufstelle

Ebenso erfolgreich war die Premiere der Dokumentation „Willkommen in Syrien“. Der filmische Bericht über die Delegationsreise von Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion hat mittlerweile knapp eine halbe Million Menschen online erreicht.

Ein wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit ist auch das Bürgerbüro der Fraktion. Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für die Belange der Bürger ein, deshalb ist der direkte Kontakt zu ihnen besonders wichtig. Im Bürgerbüro gehen täglich viele Anrufe interessierter Bürger ein, die Informationsmaterial zur Arbeit der AfD-Fraktion im Bundestag anfordern oder Anregungen und Wünsche äußern. Um die vielen Anfragen, deren Anzahl in den letzten Monaten noch einmal erheblich gestiegen ist, unmittelbar entgegennehmen und beantworten zu können, wird im Bürgerbüro demnächst ein weiterer Mitarbeiter tätig sein. **Das Bürgerbüro erreichen Sie unter der Telefonnummer 030/227 57141.** Dort kann unter anderem auch diese Fraktionszeitung kostenfrei abonniert werden.

Im Studio der AfD-Fraktion ertönt „A – F – D“. Die Anwesenden sind zufrieden. „Alles in allem haben wir die Medienarbeit weiter professionalisiert und sind für die zweite Hälfte der Legislatur gut aufgestellt“, fügt Götz Frömming hinzu.



Aus Plastikmüll wird Öl

Neue Wege in der Entwicklungshilfe

Plastikmüll wird weltweit immer mehr zu einem Problem. Das gilt besonders für Entwicklungsländer, denn dort gibt es keine wirkliche Entsorgungswirtschaft, geschweige denn eine Recyclinginfrastruktur. Der Müll gelangt zwangsläufig irgendwann in Seen, Flüsse und Meere. Die anhaltende Verschmutzung gefährdet Fauna und Flora und bedroht die Lebensgrundlagen von Mensch und Tier.

Auch angesichts der steigenden Weltbevölkerung muss es das Ziel sein, mit den Ressourcen sorgsamer umzugehen, die Umwelt zu schützen und dafür konkrete Lösungsvorschläge aufzuzeigen. Jedoch alles ohne Ideologie und Greenwashing, sondern mit Rationalität und klarer Verantwortung.

Industrielle Recyclinggroßanlagen nicht für Entwicklungsländer geeignet

Im Arbeitskreis Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag haben wir uns die Frage gestellt, wie Plastikmüll nachhaltig aus der Umwelt verschwinden kann. Am besten funktioniert dies durch Umwandlung von Abfall zu einem (gewinnbringenden) Rohstoff. Man muss Plastikmüll sammeln und wiederverwerten. Als Verfahren bietet sich die Pyrolyse an. Bei diesem Verfahren wird kohlenstoffhaltiger Abfall im Niedertemperaturbereich – bei ungefähr 500 Grad Celsius – unter Sauerstoffabschluss verbrannt. Das dabei entstandene Gas wird abkühlt und als Öl aufgefangen. Solche Anlagen werden schon in Industriegröße in mehreren Ländern eingesetzt.

Für den von der AfD-Bundestagsfraktion vorgeschlagenen Ansatz in Entwicklungsländern sind jedoch Recycling-

großanlagen nicht geeignet. Hier werden transportable Anlagen mit einfacher Bedienung und Wartung benötigt. Daher haben wir das Gespräch mit namhaften deutschen Hochschulen und innovativen Unternehmen gesucht. Das Ergebnis: Eine Realisierung ist möglich. Neben der Beseitigung eines Großteils des Plastikmülls können Pyrolyseanlagen aber auch zur Bodenverbesserung beitragen. Durch die Verbrennung von Biomasse wie etwa Küchenabfällen kann eine Art nährstoffreicher Humus erzeugt werden, der nachweislich den Ertrag der Böden steigern kann.

2018 besuchten wir Flüchtlingslager im Norden des Irak. Hier entstand die Idee, finanzielle Anreize zu schaffen, damit der Plastikmüll gesammelt und den mobilen Pyrolyseanlagen zugeführt wird. Die Menschen vor Ort erhalten für diese gemeinnützige Tätigkeit eine finanzielle Entschädigung. In Verbindung mit einer zur Verfügung gestellten Pyrolyseanlage könnte die Plastikflut nachhaltig bekämpft, die Eigenverantwortung der Bevölkerung gestärkt und ein Umweltbewusstsein entwickelt werden.

Mit unserem Antrag „Pyrolyseförderung – Eine wirkliche Alternative zur Bekämpfung der Plastikflut in Entwicklungsländern“ (Bundestagsdrucksache 19/15075) haben wir den Grundstein zur Konzeption und Umsetzung bereits gelegt.

Aber es geht hier nicht um die bloße Bereitstellung der Anlage und danach deren mögliche Zweckenfremdung beziehungsweise bloße Abnutzung, wie es bei so vielen Greenwashing-Projekten – Stichwort: Klimaneutrale Moschee in Marokko und die Antwort der Bundesregierung auf unsere entsprechende Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 19/6905) – geschieht. Der Antrag der



<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/069/1906905.pdf>

AFD-Fraktion ist eine gezielte, zeitlich begrenzte und von Anfang an in der Selbstverantwortung der Entwicklungsländer liegende Lösung. Es sollen nicht einfach nur Technologie und Geld bereitgestellt werden, sondern die Bevölkerung der Entwicklungsländer finanziert den Kauf, Betrieb und Wartung der Anlage von Anfang an selbst. Innerhalb von zwei Jahren soll die komplette Abwicklung der Anlage vollständig in der Verantwortung der Einheimischen liegen.

Westliche Entwicklungshilfe als Erziehung zur Hilfslosigkeit

Seit mehr als 60 Jahren betreibt die Bundesrepublik Deutschland bereits Entwicklungshilfe. Außer der Umbenennung der Entwicklungshilfe in „Entwicklungszusammenarbeit“ und dem angeblichen „Begegnen auf Augenhöhe“ hat sich aber nicht sehr viel geändert.

Deutschland und andere wohlhabende Staaten geben Geld an ärmere Staaten, deren Regierungen sowie an politische, kirchliche und private Organisationen, um die-

sen Staaten und ihren Bürgern zu helfen, ihre schlechte wirtschaftliche, soziale und politische Situation zu verbessern. Die Devise lautet: Mehr hilft mehr! Mehr Geld, mehr Organisationen und mehr Bedingungen. Natürlich wird das Ganze noch durch eine „Verpflichtung“, im Falle Deutschlands aufgrund einer „historischen Schuld“, moralisch aufgeladen.

Doch diese Programme der staatlich finanzierten „Erziehung zur Hilfslosigkeit“ sind weitgehend wirkungslos geblieben und die bereitgestellten finanziellen Mittel verpufft. Westliche Naivität traf auf die Realität vor Ort. Die überzogenen Vorstellungen und Ziele ideologisch verblendeter Idealisten haben nicht selten sogar zu einer Verschlechterung der Lebenssituation der Menschen in den Ländern geführt, in die die Mittel der Entwicklungshilfe flossen. Auch deswegen sagt sich die AfD-Bundestagsfraktion von dem Begriff der Entwicklungszusammenarbeit los und nennen es ganz konkret „Entwicklungshilfe“.

afd.bundestag.de/arbeitskreise/wirtschaftliche-zusammenarbeit/

Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

„Pyrolyseförderung – Eine wirkliche Alternative zur Bekämpfung der Plastikflut in Entwicklungsländern“
 Bundestagsdrucksache 19/15075; 13.11.2019
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/150/1915075.pdf>



Kleine Änderung, große Wirkung

Eine geringfügige Erhöhung des Lkw-Gesamtgewichts schont Straßen und Umwelt gleichermaßen

Geht es nach den Grünen, sollen Lastfahräder im Güterkraftverkehr der Zukunft eine wichtige Rolle spielen, um die Umwelt und das Klima zu schonen. Diesen welfremden Träumereien setzt die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag eine realistische Verkehrspolitik entgegen, die sowohl der Wirtschaft und damit unserem Wohlstand dient als auch die natürlichen Ressourcen schont.

Unter dem Titel „Nachhaltigkeit im Güterkraftverkehr steigern, Energieverbrauch und die Anzahl der Lkw-Fahrten vermindern, Straßen und Brücken schonen“ (Bundestagsdrucksache: 19/13097) hat die AfD-Fraktion einen Antrag mit dem Ziel in den Deutschen Bundestag eingebracht, den Nutzen und die Alltagstauglichkeit eines bestehenden und bewährten Transportmittels durch eine einfache Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) zu optimieren.

Um dies zu erreichen, sollte in Deutschland, wie in vielen EU-Ländern schon jetzt üblich, das zulässige Gesamtgewicht für Lastkraftwagen maßvoll von 40 auf 44 Tonnen erhöht werden. Dadurch würde einerseits der Verbrauch je Tonnenkilometer reduziert und gleichzeitig die Straßenbelastung vermindert. Durch diese Maßnahme ließe sich die Nachhaltigkeitsbilanz verbessern. Gleichzeitig würde der Mangel an qualifizierten Lkw-Fahrern in der Transportbranche gemildert. Denn durch die anteilig höhere Nutzlast eines 44-Tonnen-Lkw würden künftig für den Transport der gleichen Warenmenge weniger Fahrten und damit Fahrer benötigt.

Bahn wird nicht benachteiligt

Der Vorschlag der AfD-Bundestagsfraktion trägt der erwarteten Steigerung des Güterkraftverkehrsaufkommens in Europa Rechnung. Um den zusätzlichen Verkehr bewältigen zu können, sind gemeinsame Anstrengungen der Verkehrsträger Eisenbahn, Binnenschiff und Straße notwendig. Insbesondere kann die Anzahl von Lkw-Verkehren im Nahbereich mit spezifisch schwerer Ladung, wie zum Beispiel Bau-, Steine-, Forst-, Silo- oder Tanktransporte, durch 44-Tonnen-Lkw ressourcenschonend reduziert werden.



Bildquelle: Adobe Stock / © Tatjana Balzer

Das Potenzial zur Verringerung des Lkw-Verkehrs ist sehr groß. So hat etwa der Verband Deutscher Papierfabriken (VDP) errechnet, dass alleine bei den Verbandsmitgliedern 220.000 Lkw-Fahrten durch die Einführung von 44-Tonnen-Lkw entfallen würden.

Die Gefahr der Benachteiligung des kombinierten Verkehrs Lkw und Bahn durch schwerere Lkw besteht nicht. Die Bahn fährt heute schon dicht an der Kapazitätsgrenze und kann zusätzliche Gütermengen ohne weiteren Netzausbau, der Jahre in Anspruch nehmen wird, nur schwerlich aufnehmen.

Experten gehen von einer Steigerung der Gütermengen von 2010 bis 2030 um rund 38 Prozent aus. Sowohl die

Bahn als auch das Transportmittel Lkw werden hier einen erheblichen Anteil am Gesamtaufkommen zu schultern haben.

Hinsichtlich des Energieverbrauchs und der Umweltfreundlichkeit sind moderne Lkw durchaus mit der Bahn konkurrenzfähig – sofern man schwere Lkw mit der Bahn vergleicht. Kleinlaster, die naturgemäß schlechter abschneiden, sind im innerörtlichen Einsatz nur dort sinnvoll, wo die Bahn keine Lösungen anbieten kann. Hier ist allerdings zu erwarten, dass Kleinlaster mittelfristig auf Elektroantrieb

umgestellt werden. Bei dem Vergleich der Umweltverträglichkeit von Lkw und Bahn ist immer auch der hohe Aufwand an Zeit und Energie zu berücksichtigen, der beim Transport der Waren vom Versender zum Beladebahnhof und dann vom Entladebahnhof zum Empfänger entsteht. Der Vorteil der Bahn liegt vor allem bei der Entlastung der Straßen und damit bei der Vermeidung von Staus und den daraus resultierenden Vorteilen der Abgas- und Unfallvermeidung.

Deutschland ist bislang die Ausnahme

Die Zulassung von 44-Tonnen-Lkw wird nicht zu vermehrten Straßenschäden führen. Der Unterschied bei dem Gesamtgewicht über 40 bis 44 Tonnen ist weitaus geringer, wenn die Achslasten durch eine Erhöhung der Zahl der Achsen reduziert werden. Laut einer Studie ist ein gut konstruierter Lastkraftwagen mit einem Gewicht von 44 Tonnen, das sich auf sechs Achsen verteilt, nicht straßenschädigender, bei optimierter Bereifung sogar schonender, als ein EU-konformer Standard-40-Tonnen-Lkw mit fünf Achsen.

Die vorgeschlagene Änderung der StVZO würde die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Transportgewerbes europaweit deutlich verbessern und die bestehende Benachteiligung deutscher Spediteure beim zulässigen Gesamtgewicht von ihrer Nutzfahrzeugen beenden. Fast alle Länder Europas lassen inzwischen Lkw mit einem Gesamtgewicht von 44 bis zu 64 Tonnen zu. Deutschland bildet bisher eine der wenigen Ausnahmen. Auch aus diesem Grund wurde der erwähnte Antrag der AfD-Bundestagsfraktion in der Baustoff- und Forstwirtschaftsbranche sehr positiv aufgenommen.

afdbundestag.de/arbeitskreise/verkehr-digitale-infrastruktur



Lastkraftwagen im Verkehr
Experten rechnen mit starkem Wachstum des Güterverkehrs

Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

„Nachhaltigkeit im Güterkraftverkehr steigern, Energieverbrauch und die Anzahl der Lkw-Fahrten vermindern, Straßen und Brücken schonen“

Bundestagsdrucksache: 19/13097

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/130/1913097.pdf>



Die Demokratie gegen „Parité“ verteidigen

Die AfD-Fraktion wendet sich gegen den Versuch, freie und gleiche Wahlen durch eine Frauenquote auszuhöhlen



Die gegenwärtige Krise der Demokratie in Deutschland hat viele Facetten. Eine davon manifestiert sich unter dem Schlagwort „Parité“. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der diesen Angriff auf unsere demokratische Verfassung bewusst machen und ihm entgegentreten soll. Was verbirgt sich hinter dem Begriff „Parité“? Kurz gesagt sollen Parteien, die keine „Frauenquoten“ praktizieren, von Wahlen ausgeschlossen werden. Damit könnte beispielsweise die AfD nicht mehr an Parlamentswahlen teilnehmen.

Das Konzept der „Parité“ richtet sich gegen die Demokratie an sich. Während das Grundgesetz als unverzichtbares Wesensmerkmal demokratischer Wahlen festlegt, dass sie nur frei und gleich sein können, wollen die Anhänger der „Parité“ den Grundsatz freier und gleicher Wahlen abschaffen. Angestrebt wird stattdessen ein System, in dem bereits vor einer Wahl festgelegt wird, dass nur nach bestimmten körperlichen Merkmalen ausgesuchte Bewerber gewählt werden dürfen. Dadurch soll eine Zusammensetzung der Parlamente nicht in freier Wahl, sondern nach den Vorgaben der feministischen Ideologie erzwungen werden. Dies kann nur dann gelingen, wenn zuvor der elementare Verfassungsgrundsatz freier Wahlen faktisch außer Geltung gesetzt wird. Und an diesem Punkt zeigt sich, was die „Parité“ ist: Sie ist Ausdruck einer verfassungsfeindlichen Bestrebung.

Thüringen und Brandenburg als Testfälle

Vorbild für diese Pläne sind die bereits länger zu beobachtenden Praktiken einiger Parteien, die sowohl bei ihren innerparteilichen Wahlen als auch bei der Aufstellung von Parlamentskandidaten entsprechende undemokratische Verfahren („Frauenquoten“) anwenden. Schon diese Praktiken sind mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Es legt aus guten Gründen fest, dass politische Parteien demokratisch organisiert sein müssen und dass auch die einer Parlamentswahl vorgelagerte Kandidatenaufstellung in den Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen muss. Beides ist bei den betroffenen Parteien tatsächlich nicht mehr der Fall.

Aktuelle Brisanz erhält das Thema in Thüringen. Nach Brandenburg ist Thüringen das zweite Bundesland, in dem die

Abschaffung freier Wahlen jüngst durch „Parité“-Gesetze beschlossen wurde. Die entsprechenden Wahlgesetze sollten eigentlich erst bei den nächsten Landtagswahlen zur Anwendung kommen, die turnusmäßig 2024 stattfinden würden. Nachdem allerdings auf den am 5. Februar 2020 gewählten Ministerpräsident Thomas Kemmerich (FDP) dahingehend eingewirkt wurde, dass er am 8. Februar 2020 mit sofortiger Wirkung zurücktrat, finden nun im April 2021 vorgezogene Neuwahlen in Thüringen statt. Bleibt es bei den beschlossenen Gesetzen, wären dies die ersten unfreien Wahlen in der Geschichte der Bundesrepublik.

„Wir lehnen ein „Parité“-Gesetz ab, weil es nicht den Buchstaben und dem Geist des Grundgesetzes entspricht.“

AFD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Auf Bundesebene sind ähnliche Bestrebungen zu erkennen, die aber bisher noch nicht umgesetzt wurden. Um dieser akuten Gefahr für die Demokratie aktiv entgegenzuwirken, hat die AfD-Fraktion dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zur Wiederherstellung der Gleichberechtigung im Wahlrecht und in den politischen Parteien zur Beschlussfassung vorgelegt (Bundestagsdrucksache 19/7936). Unser Gesetzentwurf bekräftigt die Diskriminierungsverbote des Grundgesetzes und fordert deren Befolgung durch die politischen Parteien: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Wir lehnen ein „Parité“-Gesetz ab, weil es nicht den Buchstaben und dem Geist des Grundgesetzes entspricht, und betrachten die von manchen Parteien durchgesetzten „Frauenquoten“ als undemokratisch und rechtswidrig.

afd.bundestag.de/arbeitskreise/recht-verbraucherschutz/



Ohne Berührungängste

Beim zweiten Medienempfang der AfD-Fraktion im Reichstag kommen in lockerer Runde auch ernste Themen zur Sprache

Der langgestreckte Saal in der „Beletage“ des Reichstages ist gut gefüllt. Rund 140 Journalisten, Bundestagsabgeordnete und Fraktionsmitarbeiter stehen in Gruppen zusammen, Gesprächsfetzen mischen sich mit der Musik der Band. Zum zweiten Mal hatte die AfD-Fraktion am 29. Januar 2020 zum Medienempfang in das Abgeordnetenrestaurant im Reichstag geladen. In lockerer Runde spricht es sich leichter und entspannter – auch über ernste Dinge. Etwa darüber, dass Journalisten häufig vor allem dann über die Arbeit der AfD-Fraktion berichten, wenn es aus ihrer Sicht etwas zu kritisieren gibt, die vielschichtige Sacharbeit der Abgeordneten dagegen allzu häufig unbeachtet bleibt. Oder, dass Vertreter der Fraktion deutlich seltener zu Talk-Shows der öffentlich-rechtlichen Sender eingeladen werden als Abgeordnete anderer Parteien.

Doch bei den Einladungen spielten diese Konflikte keine Rolle. Journalisten aller wichtigen Zeitungen und Zeitschriften waren anwesend. So kam es zu einem regen Gedankenaustausch mit den Kollegen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Süddeutschen Zeitung, der Welt, der Zeit, des Spiegels, der taz, der Jungen Freiheit und anderer überregionaler, aber auch zahlreicher regionaler Medien. Ebenso vertreten waren natürlich Journalisten der öffentlich-rechtlichen Sender von ARD und ZDF. „Auch in Zeiten des Internets und der sozialen Medien spielen die etablierten Medien immer noch eine bedeutende Rolle. Die AfD-Fraktion bemüht sich trotz aller politischen Differenzen um einen professionellen und fairen Umgang – und erwartet das auch von den Journalisten“, sagte der für die Medienarbeit der Fraktion zuständige Parlamentarische Geschäftsführer Götz Frömming.



Medienempfang
Gespräche in lockerer
Atmosphäre

Eine Chance für moderne Kernkraftwerke

Angesichts steigender Stromkosten und schwindender Versorgungssicherheit ist es an der Zeit, neu über das Thema nachzudenken

Die Kernenergie gilt in Deutschland zumeist als schmutzig, unkontrollierbar und gefährlich. Diese einseitige Bewertung, die auf die „Anti-Atomkraft-Bewegung“ der siebziger und achtziger Jahre zurückgeht, haben sich die Altparteien zu eigen gemacht und danach ihre Energiepolitik ausgerichtet. Der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 ist beschlossen, die traditionellen Fraktionen im Bundestag bekräftigen ihn fortlaufend, nur die AfD-Bundestagsfraktion trägt den gefassten Beschluss nicht mit.

Noch 2008 sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, es sei „nicht sinnvoll“, dass das Land mit den sichersten Atomkraftwerken die friedliche Nutzung der Kernenergie einstelle. Ungeachtet dieser eindeutigen Positionierung reagierte die Bundesregierung 2011 hoch emotionalisiert auf die Havarie des Atomkraftwerks in Fukushima, die durch einen Tsunami verursacht wurde. Die nachfolgenden Bundesregierungen stützten die ideologisch fundierte Diskriminierung der Kernenergie und auch die amtierende Regierung weicht nicht von diesem Kurs ab. Eine offene Diskussion über die Kernenergie ist seit 2011 kaum noch möglich.

Oder doch? In jüngster Zeit mehren sich die Stimmen, die zumindest eine unvoreingenommene Diskussion über einen

Wiedereinstieg Deutschlands in die Kernkraft fordern. Die AfD-Bundestagsfraktion ist seit jeher der Überzeugung, dass dieses Thema wieder sachlich – mit wissenschaftlicher Expertise und Augenmaß – diskutiert werden muss. Denn Kernenergie liefert wetterunabhängig günstige, emissionsarme, umweltfreundliche und sichere Energie. Und daran mangelt es in Deutschland immer mehr: Denn der beschlossene Kohleausstieg und das Vorantreiben der Energiewende bescheren Deutschland eine stetige und ungebremste Erhöhung der Strompreise, eine zunehmend unsichere Stromversorgung sowie Umweltbelastungen durch Windräder und Photovoltaikanlagen.

Die Gefahr eines Blackouts wächst

Im Geschäftsbericht der Wacker Chemie AG, einer der bundesweit größten Stromverbraucher, war 2019 zu lesen, dass die hohen Strompreise und die zunehmend instabile Stromversorgung ein großes Problem darstellen. Das Unternehmen erwägt, den Produktionsstandort in die Vereinigten Staaten zu verlagern. Die Bayerischen Chemieverbände stellen fest, dass in der energieintensiven Industrie schon seit 2000 die Abschreibungen höher ausfallen als die



Investitionen und dass demnach de facto eine Deindustrialisierung stattfindet. Eine unsichere Stromversorgung und die im internationalen Vergleich horrenden Preise für Strom stellen eine ernsthafte Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland dar.

Die Versorgungssicherheit in Deutschland schwindet. Je höher der Anteil an „erneuerbarem“ Strom ist (2018: 38 Prozent), desto anfälliger wird das Netz. Stromausfälle im Millisekundenbereich nehmen zu, die Gefahr eines „Black-outs“ sowie die Anzahl von Stromabschaltungen für energieintensive Betriebe („Lastabwürfe“) steigt. Allein 2018 ist einem Unternehmen der stromintensiven Aluminiumbranche 78 Mal der Strom abgestellt worden – ein Rekord.

Gleichzeitig wird die Netzstabilität immer mehr gefährdet. Die „erneuerbaren“ Stromerzeuger sind nicht in der Lage, auf Nachfrageerhöhungen flexibel zu reagieren, da sie von unberechenbaren Naturkräften wie Wind und Sonne abhängen. Nur ausreichende mechanische Schwungmasse im Netz, wie sie Generatoren von konventionellen Kraftwerken besitzen, können auf die Erhöhung des Strombedarfes reagieren. Eine Alternative dazu wäre eine Stromspeicherung, die jedoch im industriellen Maßstab nicht machbar ist.

Der gleichzeitige Ausstieg aus den Energieträgern Kernenergie und Kohle bedeutet daher eine eklatante Gefährdung der Stromversorgung. Dabei müssten die Gegner der Kohleverstromung, die mit dem hohen CO₂-Ausstoß der Kohlekraftwerke argumentieren, sich eigentlich zwangsläufig für die praktisch CO₂-emissionsfreien Kernkraftwerke aussprechen. Lässt man Panikmache, Halbwahrheiten und antiquierten Wissensstand beiseite, ist eine Neubewertung

der Kernenergie unumgänglich. Sicherheitsrisiken, die zu Havarien wie in Tschernobyl oder in Fukushima führen können, gibt es in Deutschland nicht. Die über vier Jahrzehnte propagierte Angst vor dem GAU verliert spätestens mit der neuesten Generation von Kernspaltungsreaktoren ihre Grundlage. In Flüssigkernreaktoren wird bei Störfällen die Kettenreaktion sofort gestoppt, ein GAU ist ausgeschlossen. Auch die Endlagerfrage wird durch die neue Reaktorgeneration entschärft. Die gefährliche Strahlungsintensität wird von mehreren hunderttausend auf mehrere hundert Jahre verringert, die Reststoffe werden besser verwertet.

Reaktoren der vierten Generation müssen erforscht werden

Deutschland ist schlecht vorbereitet, um sich ernsthaft und vorurteilsfrei mit den neuen Möglichkeiten der Nutzung der Kernenergie zu befassen: Die Finanzierung für Kernforschung wird seit Jahren zurückgefahren. Eine kurzfristige und wirkungsvolle Rückbesinnung auf diesen Energieträger ist kaum möglich, weil dafür in Deutschland nicht mehr genügend Wissenschaftler und Fachkräfte vorhanden sind. Deutschland wird jedoch nicht umhinkommen, die Kernenergie auch mittelfristig wieder friedlich zu nutzen. Andere Länder machen es uns vor. Um hier mithalten zu können, müssen Forschungs- und Investitionsprogramme aufgelegt werden, die die vielversprechenden Reaktoren der vierten Generation und die Potentiale des Flüssigkernprinzips auf ihre technische Machbarkeit hin untersuchen, ökonomischen Optimierungsmöglichkeiten nachgehen und die das derzeitige Energieversorgungssystem um weitere Energieträger bereichern. Ohne Kernenergie ist das Energieproblem der Zukunft nicht zu lösen.

afdbundestag.de/arbeitskreise/wirtschaftenergie/



Menschen von der Straße holen

Die AfD-Fraktion fordert eine aussagekräftige Statistik als notwendige Grundlage im Kampf gegen Obdachlosigkeit

Ob an Bahnhöfen, in Parks oder unter Brücken: Wir sehen immer mehr Obdachlose. Ihre Zahl in Deutschland steigt seit Jahren. Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. waren 2018 rund 678.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung. Davon lebten etwa 41.000 Menschen ohne jegliche Unterkunft auf der Straße. Ein Jahr zuvor lag die Zahl der Wohnungslosen noch bei 650.000 Menschen.

Die Gründe für die hohe Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen sind vielfältig. Menschen in einer persönlichen Überforderungssituation, Arbeitslosigkeit, Armut, Zuwanderung vom Land in die Großstädte sowie die Einwanderung von Ausländern nach Deutschland treffen in den Städten und Gemeinden auf ein begrenztes Wohnungsangebot und stark steigende Mieten.

Die Politik der Altparteien und der mit ihnen verbundenen Bundestagsfraktionen hat hier in den vergangenen Jahren noch „Öl ins Feuer“ gegossen, da sich aufgrund des ungebremsen Zuzugs von Millionen Einwanderern die Nachfrage nach Wohnraum massiv erhöhte. Gleichzeitig wurde versäumt, bessere Rahmenbedingungen für bezahlbaren Wohnraum – sei es zur Miete oder im selbstgenutzten Wohneigentum – zu setzen. Hohe Baustandards und Wärmedämmvorschriften, fehlende Baulandausweisung und die überbordende Bürokratie hemmen bis heute Bauwillige. Auch Städte und Kommunen konnten vor diesem Hintergrund nur in geringem Umfang neuen sozialen Wohnraum schaffen.

Viele Vermieter können Risiko nicht mehr tragen

Überdies wird der Markt durch die Niedrigzinspolitik der EZB mit „billigem Geld“ geflutet, was aber nicht zu einem deutlich verstärkten Bau von bezahlbaren Wohnungen, sondern zu steigenden Preisen für Grundstücke und Neubauten führt. Eine Folge der EZB-Niedrigzinspolitik ist daher auch der enorme Anstieg der Mieten in den Städten.

Hilft die Mietpreiskontrolle und der Mietendeckel? Nein. Dadurch wird keine einzige neue Wohnung zusätzlich gebaut. Im Gegenteil: Die privaten Investoren verlassen das Feld

und ziehen sich weiter zurück. Mehr Auflagen mit fehlender Refinanzierbarkeit schrecken ab. Die Wohnungsgenossenschaften werden verprellt. Vermieter mit wenigen eigenen Mietwohnungen sind nicht mehr in der Lage, das Risiko von Vermietung, Instandsetzung und Neubau zu tragen. Gerade in Berlin und anderen Großstädten kann die Miete, die bislang entsprechend dem Mietspiegel erhoben wurde, morgen schon eine Wuchermiete sein.

Bei der Neuvermietung werden die Vermieter ihre Wohnung daher auch künftig eher dem Mieter mit einer guten Bonität geben und nicht dem Arbeiter mit überschaubarem Einkommen oder dem Rentnerhepaar. Der Mindestlohneempfänger, die alleinerziehende Mutter mit Elterngeld, der Frührentner oder die Hartz IV-Empfänger haben kaum eine Chance, zu einer vernünftigen Wohnung zu kommen.

Experten halten Statistik für überfällig

Wer in dieser Situation auf dem Wohnungsmarkt „strauchelt“, etwa nach Jobverlust, Ehescheidung oder sonstigen Lebensunwägbarkeiten, und seine alte Wohnung verliert, wird kaum noch eine neue Wohnung finden. Er ist dann oftmals ganz „draußen“.

Um das sich zuspitzende Problem der Obdach- und Wohnungslosigkeit wirksam anzugehen, stellte die AfD-Bundestagsfraktion, initiiert von ihrem Arbeitskreis Arbeit und Soziales, bereits im Ende 2018 den Antrag „Sofortprogramm Zentralstatistik Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ (Bundestagsdrucksache 19/6064). Mit diesem Antrag wird die Einführung einer zentralen, bundesweiten Statistik gefordert, um das aktuelle Ausmaß und vor allem die Struktur von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit zu erfassen. In diese Statistik sollen die Grundlagendaten einfließen, die für eine Analyse und Bedarfsermittlung unerlässlich sind.

Zwar liegt die Zuständigkeit für Obdach- und Wohnungslosigkeit grundsätzlich bei den Ländern und Kommunen, aber schon seit Jahren stehen keine zuverlässigen Zahlen aus allen Bundesländern zur Verfügung, sodass bei dieser flächendeckenden Problematik die Einführung einer zentralen Statistik dringend geboten ist.

Erst nachdem wir unseren Antrag in den Bundestag eingebracht hatten, zogen die anderen Fraktionen nach und der Bundesregierung wurde ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt. Im Januar 2020 erfolgte eine öffentliche Anhörung zum Thema der Obdach- und Wohnungslosigkeit. Eine solche Statistik ist nach dem Vortrag der Experten längst überfällig, da bislang belastbare Daten für das ge-

samte Bundesgebiet fehlen, das Problem der Wohnungslosigkeit sich aber in den vergangenen Jahren dramatisch verschärft hat. Die Experten äußerten sich zum beantragten Vorhaben durchgehend positiv und plädierten ausdrücklich für die Einführung einer Zentralstatistik zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

afdbundestag.de/arbeitskreise/arbeit-soziales/



**Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag
eingebrachter Antrag:**

„Sofortprogramm Zentralstatistik Wohnungs- und Obdachlosigkeit“
Bundestagsdrucksache 19/6064; 28.11.2018
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/060/1906064.pdf>



Nothausung Obdachloser

Seit Jahren gibt es keine
zuverlässigen Zahlen

Die guten Geister der Fraktion

Im Portrait: Der Fraktionsdienst ist kein Job wie jeder andere

Selbst auf dem Höhepunkt der Corona-Krise haben sie mit einer Notmannschaft die Stellung gehalten. Ob Abgeordneter, Fraktionsreferent oder Fraktionsangestellter: Jeder, der bei der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag tätig ist, braucht irgendwann einmal die Unterstützung des Fraktionsdienstes.

Seine Mitarbeiter sind die guten Geister der Fraktion. Zehn Kollegen beschäftigt der Fraktionsdienst in den vier Liegeschichten, in denen die AfD-Bundestagsfraktion untergebracht ist. Dazu kommt eine Sekretärin im Fraktionsgeschäftszimmer und natürlich der Leiter Patrick Schramm, der den Fraktionsdienst aufgebaut hat und führt.

Das Arbeitspensum seines Teams kann sich sehen lassen. Im vergangenen Jahr hat der Fraktionsdienst über 1.700 Sitzungen, Besprechungen und Veranstaltungen der AfD-Fraktion betreut. Dabei wurden allein 2.100 Kisten Getränke bereitgestellt. In Sitzungswochen kommen die Mitarbeiter da leicht auf 13.000 bis 16.000 Schritte, die sie täglich zurücklegen müssen – das entspricht einer Strecke von zehn bis dreizehn Kilometern.

Trifft man sie auf den langen Korridoren, sind die Frauen und Männer vom Fraktionsdienst stets gut gelaunt und mit Freude bei der Arbeit. Dass sie gerne schaffen, zeigt sich auch im niedrigen Krankenstand – „Manche meiner Leute muss ich schon mal gegen ihren Willen nach Hause schicken“, berichtet Patrick Schramm. Da versteht es sich fast von selbst, dass er auch keine Schwierigkeiten hatte, eine „Corona-Notbesetzung“ für die „Shutdown“-Zeit während der Krise zusammenzustellen.

Der Tagesablauf ist dichtgedrängt

Die Arbeit beim Fraktionsdienst ist attraktiv. „Es ist kein Job wie jeder andere“, darauf legt der Leiter der Abteilung wert. Der Tagesablauf ist so dichtgedrängt wie abwechslungsreich, flexibles Reagieren auf Unvorhergesehenes ist fast schon der Normalfall. Nur ein Beispiel: Als die Vorausmannschaft für die Fraktionsklausurtagung im vergangenen Sommer in Stettin vor den verschlossenen Türen des gebuchten Hotels stand, hat Patrick Schramm eine Alternativtagung im Sitzungssaal der AfD-Bundestagsfraktion im Reichstagsge-

bäude noch auf der Rückfahrt vom Beifahrersitz aus koordiniert. Die Kollegen kehrten freiwillig aus dem Wochenende zurück und organisierten die Betreuung der Konferenz selbsttätig an Ort und Stelle.

Eigenverantwortung und Selbständigkeit werden im Fraktionsdienst großgeschrieben, auch das macht den Reiz des Jobs aus. Der Umgang im Haus ist kollegial und auf Augenhöhe, Vorschläge und Anregungen werden aufgenommen und umgesetzt – das kannten viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fraktionsdienstes von ihren vorherigen Arbeitgebern so nicht, erläutert Patrick Schramm.

„In meinem Team gibt es die unterschiedlichsten Kompetenzen und die werden auch genutzt und wertgeschätzt“

Patrick Schramm

Leiter Fraktionsdienst



Die ersten Kollegen kamen aus der Bundestagsverwaltung wie Patrick Schramm selbst, der zwei Jahrzehnte Erfahrung in den unterschiedlichen Parlamentsdiensten mitbringt. Für die junge Fraktion im Aufbau war das Wissen der „alten Hasen“, die sich im Haus und mit den Arbeitsabläufen auskennen, ein wichtiger Pluspunkt. Weitere Mitarbeiter kamen im Lauf der Zeit über Empfehlungen und Initiativbewerbungen. Ob Parteimitglieder oder Sympathisanten: Allen gemeinsam ist der Wunsch, die AfD-Bundestagsfraktion zu unterstützen und zu ihrem Erfolg beizutragen.

Eine anspruchsvolle Herausforderung, denn der AfD-Fraktionsdienst macht im Querschnitt alles das mit einer kleinen Mannschaft und aus einer Hand, was in der Bundestagsverwaltung drei verschiedene Referate – Botendienst, Plenarassistenzdienst, Möbel und Umzüge – erledigen.

In den Wochen, in denen Plenarsitzungen stattfinden, sind alle besonders gefordert. Es beginnt bereits morgens früh um sieben Uhr, wenn die Tagesplanung aktualisiert wird



Fraktionsdienst im Einsatz

Viel Verantwortung und Improvisation

und die ersten Wagen mit Kaffee, Getränken und Geschirr für die erste Veranstaltung beladen werden – eingedeckt und abgeräumt wird dann laufend. Zweimal täglich gibt es eine „Postrunde“: Was von der Poststelle des Bundestages kommt, wird sortiert und verteilt, neue Post aus den Büros mitgenommen und auf den Weg gebracht. Dazu kommen laufende Botengänge zwischen den Häusern, Material muss verteilt und sensible Unterlagen direkt den entsprechenden Stellen im Bundestag zugestellt werden.

Wenn Besuchergruppen ihre Taschen mit Informationsmaterial erhalten, manchmal direkt ins Hotel, wenn Umzüge und Umrüumarbeiten anstehen, neue Tür- und Hinweisschilder gebraucht werden, Informationstechnik geliefert und angeschlossen oder Medientechnik für Veranstaltungen aufgestellt und zum Laufen gebracht werden muss – dann ist der Fraktionsdienst zur Stelle. Damit es nirgends klemmt, wird laufend Inventur gemacht, werden Materiallisten geführt, Büro- und Verbrauchsmaterial vorgehalten und nachbestellt. Und wer wartet und betankt die fraktionseigenen Fahrzeuge, erledigt Besorgungsfahrten oder holt auch die Gäste vom Flughafen ab? Sie ahnen es: natürlich der Fraktionsdienst.

Viel Verantwortung also, die ein hohes Maß an Engagement und Eigenständigkeit verlangt. Ab August 2020 kommt auch die fraktionseigene Druckerei dazu; ein Kollege, der früher in einem Kopierladen gearbeitet hat, kümmert sich schon jetzt um die Abwicklung von Druckaufträgen für Fraktionsdrucksachen.

Unterstützung „in der Maske“ des Social-Media-Teams

„In meinem Team gibt es die unterschiedlichsten Kompetenzen, und die werden auch genutzt und wertgeschätzt“, verrät Patrick Schramm. So unterstützt eine Mitarbeiterin, die ausgebildete Friseurin ist, das Social-Media-Team der Fraktion bei Bedarf „in der Maske“, wenn Portraitaufnahmen von Abgeordneten gemacht werden. Ein anderer Kollege repariert mit Leidenschaft Mobiltelefone. Sogar ein gelernter Brauer ist dabei – eine Fraktionsbrauerei wird es allerdings aller Voraussicht nach auch in Zukunft nicht geben.

Die AfD-Bundestagsfraktion weiß, was sie an ihrem Fraktionsdienst hat.

Wir sagen Danke!

Die Abgeordneten und Mitarbeiter der AfD-Bundestagsfraktion



www.afdbundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Marcus Schmidt, Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Smartphone – Adobe Stock /
© inueng; Smartphone mit QR-Code – Adobe Stock / © Graf-Vishenka

Stand: Juni 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

SOCIAL-MEDIA-KANÄLE



twitter.com/AfDimBundestag



facebook.com/AfDimBundestag



youtube.com/AfDFraktionimBundestag



instagram.com/AfDimBundestag